

ELISABETH SCHÜTZE

Zession und Einheitsrecht

*Max-Planck-Institut
für ausländisches und internationales
Privatrecht*

*Studien zum ausländischen
und internationalen Privatrecht*

155

Mohr Siebeck

Studien zum ausländischen und internationalen Privatrecht

155

Herausgegeben vom

**Max-Planck-Institut für ausländisches
und internationales Privatrecht**

Direktoren:

Jürgen Basedow, Klaus J. Hopt und Reinhard Zimmermann



Elisabeth Schütze

Zession und Einheitsrecht

Mohr Siebeck

Elisabeth Schütze, geboren 1978; 1997–2003 Studium der Rechtswissenschaften in Rostock, Würzburg und Salamanca; Begleitstudium im Europäischen Recht an der juristischen Fakultät Würzburg (Europa-Preisträgerin); 2003–2005 Promotion; September 2003 bis März 2005 wissenschaftliche Mitarbeiterin bei Professorin Eva-Maria Kieninger, Lehrstuhl für deutsches und europäisches Privatrecht sowie Internationales Privatrecht (Würzburg); Referendariat in Hamburg seit April 2005; seit September 2005 wissenschaftliche Mitarbeiterin bei Professor Jürgen Basedow am Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Privatrecht.

Gedruckt mit Unterstützung des Deutschen Factoring-Verbandes e.V.

ISBN 3-16-148804-0 978-3-16-158491-6 Unveränderte eBook-Ausgabe 2019
ISSN 0720-1141 (Studien zum ausländischen und internationalen Privatrecht)

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

© 2005 Mohr Siebeck Tübingen.

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Das Buch wurde von Gulde Druck in Tübingen auf alterungsbeständiges Werkdruckpapier gedruckt und von der Buchbinderei Held in Rottenburg gebunden.

Meinen Eltern

Vorwort

Die Arbeit wurde im Sommersemester 2005 an der juristischen Fakultät Würzburg als Dissertation angenommen. Zur ihrem Gelingen haben verschiedene Menschen beigetragen, denen an dieser Stelle mein Dank gebührt.

Meiner verehrten Doktormutter, Frau Professorin Eva-Maria Kieninger, gilt besonderer Dank für die Anregung zu dieser Arbeit und ihre Betreuung. Der Forschergeist sowie das fordernde, aber vor allem fördernde Klima an ihrem Lehrstuhl hatten maßgeblichen Einfluss auf meine Promotion.

In tiefem Bedauern um seinen plötzlichen Tod gedenke ich Herrn Professor Günter Christian Schwarz, der das Zweitgutachten anfertigte. Für die Möglichkeit, meine Arbeit in den „Studien zum ausländischen und internationalen Privatrecht“ des Max-Planck-Institutes zu veröffentlichen und die Anregung zu dem Titel der Arbeit danke ich Herrn Professor Jürgen Basedow ganz herzlich.

Wichtige und grundsätzliche Einblicke in die Hintergründe der Abtretungskonvention haben mir Harry C. Sigman, Mitglied der amerikanischen Delegation bei der Ausarbeitung des Übereinkommens, und Spiros Bazinas, der als *Senior Legal Officer* des UNCITRAL Sekretariats die zuständige Arbeitsgruppe leitete, vermittelt. Dr. Nadine Grau war so großzügig, mir das Manuskript ihrer Arbeit über die Abtretungskonvention bereits vor deren Veröffentlichung zur Verfügung zu stellen.

Dr. Jens M. Scherpe hat mich durch regen Gedankenaustausch, viele hilfreiche Anmerkungen und aufmunternde Worte unterstützt. Meinen Würzburger Freunden danke ich für bisweilen eiligst zu leistende Korrekturarbeiten und für eine wunderschöne gemeinsame Zeit während des Studiums und der Promotion. Gleiches gilt für alle Mitarbeiter des Würzburger Lehrstuhls, von denen Olaf Beller die Bürde der „technischen Betreuung“ der Arbeit auf sich nahm.

Für seinen Optimismus, für viel Geduld und Verständnis danke ich meinem Freund. Der letzte, gewiss nicht geringste Dank gebührt schließlich meinen Eltern für ihre unermüdliche Unterstützung; meinem Vater für die Mühen der Erstkorrektur. Meinen Eltern ist die Arbeit gewidmet.

Hamburg, im August 2005

Elisabeth Schütze

Inhaltsübersicht

Abkürzungsverzeichnis.....	XXV
Einleitung.....	1
Teil 1 Vorbilder der Abtretungskonvention.....	11
§ 1 Die UNIDROIT-Factoringkonvention	11
§ 2 Article 9 Uniform Commercial Code	28
Teil 2 Entstehungsgeschichte, Reichweite, allgemeine Bestimmungen ...	63
§ 3 Entstehungsgeschichte der Abtretungskonvention	63
§ 4 Aufbau und Anwendungsbereich der Abtretungskonvention.....	69
§ 5 Konkurrenz mit anderen Rechtsakten	117
§ 6 Allgemeine Bestimmungen der Abtretungskonvention	124
Teil 3 Die Abtretungskonvention und deutsches Abtretungsrecht	141
§ 7 Globalzessionen, Abtretung zukünftiger Forderungen, Teilabtretungen	142
§ 8 Abtretungsverbote	163
§ 9 Sicherheiten	202
§ 10 Form und Publizität	220
§ 11 Das Verhältnis von Zedent und Zessionar	233
§ 12 Die Stellung des Schuldners	251
§ 13 Die Stellung Dritter	282
§ 14 Internationales und EG-Kollisionsrecht	301
Ergebnisse	329
Text der Abtretungskonvention.....	333
Literaturverzeichnis.....	353
Materialien, Rechtsakte, Modellgesetze und Prinzipien	367
Sachregister.....	377

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis.....	XXV
Einleitung.....	1
A. Der <i>Status quo</i>	1
I. Forderungsausstände als Finanzierungsgrundlage	1
II. Die IPR-Anknüpfung	3
III. Unterschiede in den nationalen Abtretungsrechten	5
IV. Folgen.....	6
V. Fazit.....	7
B. Inhalt der Arbeit.....	8
Teil 1 Vorbilder der Abtretungskonvention.....	11
§ 1 Die UNIDROIT-Factoringkonvention	11
A. Entstehungsgeschichte und Aufbau	12
B. Anwendungsbereich	13
I. Sachlicher Anwendungsbereich.....	13
II. Räumlicher Anwendungsbereich.....	14
III. Zeitlicher Anwendungsbereich.....	15
IV. Abdingbarkeit	15
C. Auslegung und Lückenfüllung	16
D. Inhalt	16
I. Globalzessionen und die Abtretung zukünftiger Forderungen.....	16
II. Abtretungsverbote.....	17
III. Der Übergang von Nebenrechten einschließlich Sicherheiten	19
IV. Die Stellung des Schuldners.....	20
1. Anspruch gegen den Schuldner und Erfüllungsgewirkung der Leistung	20
a) Voraussetzungen des Art. 8 Abs. 1 FactÜ	20
b) Leistungsbefreiung gem. Art. 8 Abs. 2 FactÜ	21
2. Einwendungen	22
a) Einwendungen aus dem Ursprungsvertrag (Art. 9 Abs. 1 FactÜ)	22

b) Sonstige Aufrechnungsrechte (Art. 9 Abs. 2 FactÜ)	24
c) Einwendungsverzicht.....	25
3. Rückgriffsmöglichkeit beim Factor	25
V. Folgeabtretungen	26
1. Anwendbarkeit der Factoringkonvention.....	26
2. Abtretungsverbote im Factoringvertrag.....	27
E. Zusammenfassung.....	27
§ 2 Article 9 Uniform Commercial Code	28
A. Entstehungsgeschichte	29
B. Einführung.....	30
C. Art. 9 UCC im Detail	32
I. <i>Accounts/payment intangibles</i>	32
II. Bestellung des Sicherungsrechts	33
1. <i>Attachment</i>	33
a) Voraussetzungen	34
b) Rechtsfolgen.....	35
2. <i>Perfection</i>	36
a) Allgemeines.....	36
b) <i>Automatic perfection</i>	36
c) Registrierung	37
aa) Ort der Registrierung.....	37
bb) Inhalt des Finanzierungsberichts.....	38
cc) Fehler oder Lücken im Finanzierungsbericht	38
dd) Zusätzliche Voraussetzungen.....	39
ee) Übertragung des Sicherungsrechts	39
ff) Wirksamkeitszeitraum/Aufhebung.....	40
gg) Fazit	40
III. Surrogate	40
1. Definition	41
2. <i>Attachment</i>	41
3. <i>Perfection</i>	42
4. Rang.....	42
IV. Persönliche Sicherheiten	42
1. Definition	43
2. <i>Attachment</i> und <i>perfection</i>	43
3. Rang.....	43
V. Umfassende Sicherungsfunktion	43
1. Künftiges Eigentum	43
2. Künftige Kredite	44
VI. Rang	44
1. Angeheftetes Sicherungsrecht (nach <i>attachment</i>)	45

2. Vollwirksames Sicherungsrecht (nach <i>perfection</i>).....	45
a) Gegenüber angehefteten Sicherungsrechten	45
b) Gegenüber gesetzlichen Pfandrechten	45
c) Gegenüber weiteren vollwirksamen Sicherungsrechten.....	46
aa) Grundsatz	46
bb) Ausnahme: Superpriorität des Kaufpreis- sicherungsrechts	47
VII. Veräußerung des Sicherungsgegenstandes.....	49
1. Angeheftetes Sicherungsrecht (nach <i>attachment</i>)	49
2. Vollwirksames Sicherungsrecht (nach <i>perfection</i>).....	49
D. Rechtsfolgen einer Forderungsabtretung	50
I. Das Verhältnis zwischen Zedent und Zessionar.....	51
1. Einzug und Durchsetzung der Forderung	51
2. Risikoverteilung beim Forderungseinzug	51
3. Freigabeverpflichtung	51
II. Die Stellung des Schuldners.....	52
1. Leistungsbefreiung/Leistungsverpflichtung.....	52
a) Unwirksame Anzeige.....	53
b) Teilabtretungen.....	53
c) Nachweis der Abtretung	54
d) Mehrfach- und Kettenabtretungen.....	54
2. Einwendungen	55
a) Grundsatz	55
b) Ausnahme: Einwendungsverzicht	56
3. Vertragsänderungen	56
4. Abtretungsverbote.....	57
a) Vertragliche Abtretungsverbote	57
aa) § 9-406 (d) UCC.....	57
bb) § 9-408 (a), (d) UCC	58
b) Gesetzliche Abtretungsverbote	58
E. Kollisionsrecht.....	59
I. Allgemeines.....	59
II. Sitz des Sicherungsgebers	60
III. Statutenwechsel	61
F. Zusammenfassung.....	62
Teil 2 Entstehungsgeschichte, Reichweite, allgemeine Bestimmungen.....	63
§ 3 Entstehungsgeschichte der Abtretungskonvention	63

§ 4 Aufbau und Anwendungsbereich der Abtretungskonvention.....	69
A. Aufbau.....	69
B. Sachlicher Anwendungsbereich.....	70
I. Abtretung.....	70
1. Definition	70
2. „Contract of assignment“	72
3. Teilabtretung	75
4. Sicherungsabtretungen	75
II. Forderung	76
1. Definition	76
2. Verbraucher-, und Versicherungsforderungen sowie Forderungen gegen die öffentliche Hand.....	77
III. Internationalität.....	79
1. Internationale Forderungen – Nationale Globalzessionen.....	80
2. Internationale Abtretungen.....	80
IV. Ausnahmen	81
1. Erklärung gem. Art. 41 CARIT	81
2. Abtretungen zu Verbraucherzwecken.....	82
3. Abtretungen bei Unternehmensübergängen	83
4. Abtretungen von „Finanzforderungen“.....	83
a) Forderungen aus Börsengeschäften	83
b) Finanzverträge mit Aufrechnungsvereinbarungen	83
c) Devisengeschäfte.....	85
d) Interbank-Geschäfte.....	85
e) Intermediär verwahrte Wertpapiere.....	86
f) Bankeinlagen	86
g) Akkreditive (<i>letters of credit</i>) und Garantien	86
V. Beschränkungen.....	87
1. Handelbare Wertpapiere.....	87
2. Verbraucher.....	90
3. Immobilien	91
a) Art. 4 Abs. 5 lit. a (i) CARIT	92
b) Art. 4 Abs. 5 lit. a (ii) CARIT	92
c) Art. 4 Abs. 5 lit. b CARIT	92
C. Räumlicher Anwendungsbereich.....	93
I. Grundsatz.....	93
II. Art. 1 Abs. 3 CARIT	94
1. Grenzüberschreitende Abtretung nationaler Ursprungsverträge.....	94
a) Rechtsunsicherheit für den Schuldner	94
b) Stellungnahme.....	95
2. „Rechte und Pflichten des Schuldners“	97

a) Auslegung	97
b) Rechtsfolge.....	100
c) Stellungnahme.....	102
D. Zeitlicher Anwendungsbereich.....	103
I. Vertragsstaat	103
II. Anwendbarkeit der einzelnen Bestimmungen	103
1. Grundsatz	104
2. Art. 1 Abs. 3 CARIT.....	104
3. Vorrang bei Folgeabtretungen.....	104
E. Folgeabtretungen	104
I. Art. 1 Abs. 1 lit. b CARIT.....	104
II. Art. 1 Abs. 2 CARIT	105
III. Mehrfachabtretung.....	105
F. Anwendungsvoraussetzungen des Kapitels V.....	105
G. Von der Abtretungskonvention erfasste Finanzierungs- geschäfte.....	106
I. <i>Securitisation</i>	106
II. Factoring.....	109
III. Forfaitierung.....	111
IV. Projektfinanzierung.....	112
V. Sicherungszession	114
1. Die Sicherungszession allgemein	114
2. Die Vorausabtretung bei verlängerten Eigentums- vorbehalt.....	115
H. Zusammenfassung.....	116
§ 5 Konkurrenz mit anderen Rechtsakten	117
A. Grundsatz.....	117
I. <i>Convention on International Interests in Mobile Equipment</i>	117
II. EG-Übereinkommen und -Rechtsakte zum internationalen Vertragsrecht	118
1. Europäisches Schuldvertragsübereinkommen (EVÜ)	118
2. Europäische Schuldvertragsverordnung („Rom I- Verordnung“).....	120
III. Europäische Insolvenzverordnung.....	122
B. Ausnahme: Factoringkonvention	122
C. Ergebnis.....	123
§ 6 Allgemeine Bestimmungen der Abtretungskonvention	124
A. Sitz der Parteien	124
I. Definition	124

II.	Die Anknüpfung an die Hauptverwaltung.....	125
1.	Problemaufriss.....	126
2.	Gründe für die gewählte Lösung	126
3.	Zusammenfassende Stellungnahme	127
B.	Parteiautonomie	127
C.	Auslegung.....	128
I.	Auslegungsgrundsätze.....	130
1.	Zweck und Ziel	130
a)	Förderung des internationalen Handels	130
b)	Schuldnerschutz.....	131
c)	Stellungnahme.....	131
2.	Internationaler Charakter	131
3.	Einheitliche Anwendung.....	132
4.	Guter Glauben	133
II.	Auslegungsmethoden	134
D.	Lückenfüllung.....	136
I.	Externe Lücken	136
II.	Interne Lücken.....	137
1.	Allgemeine Grundsätze.....	137
2.	<i>Lex causae</i>	138
3.	Lücken in Kapitel V.....	138
E.	Stellungnahme zu Art. 7 CARIT	138
Teil 3: Die Abtretungskonvention und deutsches Abtretungsrecht		141
§ 7	Globalzessionen, Abtretung zukünftiger Forderungen, Teilabtretungen	142
A.	Blick ins Ausland.....	142
B.	Autonomes deutsches Recht.....	147
I.	Teilabtretungen.....	147
1.	Rechtsfolgen.....	147
2.	Die Stellung des Schuldners.....	148
II.	Die Abtretung zukünftiger Forderungen.....	149
1.	Bestimmbarkeit.....	149
2.	Entstehenszeitpunkt/Vorrangfragen	150
3.	Durchgangs- oder Direkterwerb	150
III.	Globalabtretungen.....	151
1.	Wirtschaftliche Knebelung.....	152
2.	Nachträgliche Übersicherung	152
C.	Abtretungskonvention, Analyse und Vergleich.....	154
I.	Hintergrund.....	155
II.	Inhalt	156

1. Wirksamkeit der Abtretung	156
a) Bestimmtheit oder Bestimmbarkeit	156
b) Bestehende und zukünftige Forderungen	157
c) Zeitpunkt	158
d) <i>Erga omnes</i> -Wirkung/Verhältnis zu Art. 22 CARIT	158
2. Kein weiterer Übertragungsakt	159
3. Sonstige gesetzliche Beschränkungen	159
D. Zusammenfassung	161
§ 8 Abtretungsverbote	163
A. Die Interessen des Schuldners	165
I. Schutz vor doppelter Inanspruchnahme	166
II. Klarheit und Übersichtlichkeit des Abrechnungsverkehrs	167
III. Erhalt weitreichender Aufrechnungsmöglichkeiten	167
IV. Durchsetzung von Gewährleistungsansprüchen	167
B. Autonomes deutsches Recht	168
I. Entstehungsgeschichte von § 354a HGB	168
II. Anwendungsvoraussetzungen – Tatbestand	170
1. Persönlicher Anwendungsbereich	170
a) Beiderseitiges Handelsgeschäft	170
b) Öffentliche Hand als Schuldner	171
2. Sachlicher Anwendungsbereich	172
3. Zeitlicher Anwendungsbereich	173
III. Rechtsfolgen	174
1. Absolute Unwirksamkeit	174
2. Empfangszuständigkeit und Wahlrecht	175
a) „Leistung“	176
b) Grenzen des Wahlrechts	177
IV. Unabdingbarkeit	179
V. Schuldrechtliche Sanktionen	180
1. Abtretungsverbote	180
2. Vertragsstrafen	182
VI. Zusammenfassung	182
C. Abtretungskonvention, Analyse und Vergleich	183
I. Hintergrund	183
II. Anwendungsvoraussetzungen – Tatbestand	184
1. Persönlicher Anwendungsbereich	184
a) Freiberufler und Kleingewerbetreibende	185
b) Verbraucher	185
aa) Verbrauchereigenschaft des Zedenten	185

bb) Verbrauchereigenschaft des Schuldners	186
c) Zwischenergebnis	187
2. Sachlicher Anwendungsbereich	187
a) Allgemeines	187
b) Forderungen i.S.v. Art. 9 Abs. 3 CARIT	188
c) Gesetzliche Abtretungsverbote	189
d) Kontokorrent	190
3. Räumlicher Anwendungsbereich	191
III. Allgemeine Rechtsfolgen	191
1. Absolute Unwirksamkeit	192
2. Relative Unwirksamkeit	192
a) Art. 40 CARIT	192
b) Art. 1 Abs. 3 CARIT	193
c) Vergleich mit § 9-408 (d) UCC	194
IV. Die Rechtsfolgen bei absoluter Unwirksamkeit	194
1. Insolvenz des Zedenten	194
2. Leistung des Schuldners	195
3. Angleichung durch Abschaffung des Wahlrechts	197
a) Durchsetzung von Gewährleistungsansprüchen	197
b) Doppelte Inanspruchnahme/Erleichterter Abrechnungsverkehr	198
c) Erweiterte Aufrechnungsmöglichkeiten	198
d) Abwägung und Ergebnis	199
V. Haftung des Zedenten	199
VI. Abdingbarkeit	200
D. Zusammenfassung	201
§ 9 Sicherheiten	202
A. Autonomes deutsches Recht	203
I. Sachrecht	203
1. Unselbständige Sicherheiten	203
2. Sonstige Hilfsrechte	205
3. Selbständige Sicherheiten	205
a) Sicherheiten mit Treuhandcharakter	206
b) Garantie „auf erstes Anfordern“	206
4. Abdingbarkeit	207
II. Kollisionsrecht	208
III. Zusammenfassung	209
B. Abtretungskonvention, Analyse und Vergleich	209
I. Inhalt	210
1. Allgemeines	210
a) Automatischer Übergang/Übertragungspflicht	210
b) Sonstige Hilfsrechte	211

c) Form.....	211
d) Haftung des Zedenten	211
e) Abdingbarkeit.....	212
2. Anlehnung an Art. 9 CARIT	213
a) Weiterübertragungsverbote.....	213
b) Anwendungsbereich – Art. 1 Abs. 3 CARIT	213
c) Grund für die Anlehnung an Art. 9 CARIT	214
II. Konsequenzen im Fall der Ratifikation	214
1. Weiterübertragungsverbote	215
a) Abdingbarkeit zwischen Sicherungsgeber und Sicherungsnehmer	215
b) Wirtschaftliche Aspekte.....	216
c) Rechtsposition des Schuldners	216
d) Möglichkeit der vertraglichen Inanspruchnahme des Zedenten.....	217
e) Ergebnis	217
2. Eingeschränkte Übertragungspflicht	217
a) Sicherheiten mit Treuhandcharakter.....	218
b) Garantie „auf erstes Anfordern“.....	218
C. Zusammenfassung.....	219
§ 10 Form und Publizität	220
A. Autonomes deutsches Recht.....	220
I. Sachrecht	221
II. Kollisionsrecht.....	221
1. Anknüpfung der Form des Verpflichtungsgeschäfts	222
2. Anknüpfung der Form des Verfügungsgeschäfts	222
3. Anknüpfung der materiellen Wirksamkeitsvoraus- setzungen – Publizität	224
a) Publizität gegenüber dem Schuldner	224
b) Publizität gegenüber Dritten	225
B. Abtretungskonvention, Analyse und Vergleich.....	226
I. Keine vollständige Regelung der Form.....	226
II. Von der Abtretungskonvention erfasste Fragen	227
1. Anknüpfung der Form des Verpflichtungsgeschäfts	228
2. Anknüpfung der Publizität gegenüber dem Schuldner	228
3. Anknüpfung der Publizität gegenüber Dritten	229
4. Schuldneranzeige als Wirksamkeitsvoraussetzung <i>inter partes</i>	229
5. Stellungnahme	230
C. Zusammenfassung.....	232

§ 11 Das Verhältnis von Zedent und Zessionar.....	233
A. Autonomes deutsches Recht.....	233
I. Privatautonomie/Parteiautonomie.....	233
II. Gewährleistung des Zedenten beim Forderungskauf.....	234
1. Haftung für die Bonität	234
2. Haftung für die Verität.....	235
a) Haftungsgrund.....	235
b) Haftungszeitpunkt.....	237
c) Haftungsmaßstab	238
3. Ergebnis.....	239
III. Anzeige.....	239
IV. Anspruch auf Erlöse.....	240
B. Abtretungskonvention, Analyse und Vergleich.....	241
I. Parteiautonomie	241
II. Standardregeln	242
1. Gewährleistung des Zedenten	242
2. Recht zur Anzeige.....	244
3. Erlöse und zurückgegebene Güter	245
a) Definition	246
b) Art der Berechtigung/Verhältnis zu Art. 22 CARIT.....	246
c) Alternativen.....	248
C. Zusammenfassung.....	249
§ 12 Die Stellung des Schuldners	251
A. Autonomes deutsches Recht.....	251
I. Das Prinzip des Schuldnerschutzes.....	252
II. Rechtshandlungen gegenüber dem Altgläubiger	253
1. Leistung und Rechtsgeschäfte in Ansehung der Forderung	253
2. Kenntnis	254
3. Verzicht	255
III. Mehrfachabtretungen	255
IV. Leistung bei nicht erfolgter oder unwirksamer Abtretung.....	256
V. Einwendungen	257
1. Inhalt	257
2. Einwendungsverzicht	258
VI. Aufrechnung	258
VII. Rückforderung von Zahlungen	259
B. Abtretungskonvention, Analyse und Vergleich.....	259
I. Hintergrund.....	260

II. Das Prinzip des Schuldnerschutzes.....	260
III. Abtretungsanzeige und Zahlungsanweisung	261
1. Inhalt	262
a) Abtretungsanzeige	262
aa) Schriftlichkeit.....	262
bb) Hinreichende Bezeichnung	262
cc) Künftige Forderungen.....	263
dd) Kettenabtretungen	263
b) Zahlungsanweisung	263
2. Weitere Wirksamkeitsvoraussetzungen	264
3. Rechtsfolgen bei Unwirksamkeit.....	264
IV. Reichweite der Artt. 17 ff. CARIT	265
V. Freiwerden von der Leistungspflicht	266
1. Grundsatz	266
2. Mehrzahl von Mitteilungen	267
a) Mehrere Zahlungsanweisungen.....	267
b) Mehrere Abtretungsanzeigen bei Mehrfach- und Kettenabtretung	267
3. Teilabtretung	268
4. Nachweis der Abtretung.....	268
5. Leistungsbefreiung nach dem Recht außerhalb der Konvention	270
6. Leistung an den Scheinzessionar	271
VI. Einwendungen einschließlich der Aufrechnung.....	273
1. Reichweite.....	273
2. Mit dem Ursprungsvertrag verbundene Verteidigungsrechte	274
3. Übrige Aufrechnungsrechte	275
4. Berufung auf die Unwirksamkeit der Abtretung	276
VII. Einwendungsverzicht	276
1. Voraussetzungen	276
2. Unverzichtbare Einwendungen.....	277
3. Nationale Verbraucherschutznormen.....	277
VIII. Vereinbarungen zwischen Zedent und Schuldner.....	277
1. Vor der Anzeige.....	278
2. Nach der Anzeige	278
3. Relevanter Zeitpunkt.....	278
4. Abreden zu Lasten des Schuldners	279
5. Ergebnis.....	279
IX. Rückforderung von Zahlungen	280
C. Zusammenfassung.....	280

§ 13 Die Stellung Dritter	282
A. Autonomes deutsches Recht.....	283
I. Prioritätsprinzip	284
II. Kollision mit verlängertem Eigentumsvorbehalt.....	284
1. Sicherungsglobalzession	284
2. Unechtes Factoring	286
III. Insolvenzfestigkeit der Abtretung künftiger Forderungen.....	287
B. Abtretungskonvention, Analyse und Vergleich.....	288
I. Begriffsklärung.....	288
II. Hintergrund.....	288
III. Die kollisionsrechtliche Lösung von Prioritätskonflikten	289
1. Allgemeines.....	289
2. Definitionen.....	290
a) Vorrang	291
b) Konkurrierende Anspruchsteller	291
c) Insolvenzverwalter	292
3. Anwendung des nationalen Rechts.....	292
IV. Beschränkung durch Art. 23 CARIT	293
1. Öffentliche Ordnung	293
2. Eingriffsnormen.....	294
3. Gesetzliches Vorzugsrecht nach dem Recht des Forumstaates.....	294
V. Recht an Erlösen	295
1. Zurückbehaltungsrecht des Zessionars an Erlösen.....	296
2. Dingliches Recht an Erlösen	296
VI. Verzicht des bevorrechtigten Zessionars	297
VII. Annex	297
1. Allgemeines.....	297
2. Die einzelnen Optionen.....	298
C. Zusammenfassung.....	299
 § 14 Internationales und EG-Kollisionsrecht	301
A. Gegenüberstellung EVÜ/CARIT	303
I. Allgemeines	303
II. „Contract of assignment“	304
1. Art. 27 CARIT	304
2. Art. 28 CARIT	306
3. Ergebnis.....	307
III. Die Anknüpfungen im Einzelnen	307
1. Form des Verpflichtungsgeschäfts	307

2. Das Rechtsverhältnis zwischen Zedenten und Zessionar	307
3. Die Stellung des Schuldners.....	308
4. Die Stellung Dritter.....	309
5. Eingriffsnormen.....	309
6. Öffentliche Ordnung.....	310
7. Zusammenfassung	310
B. Die Anknüpfung der Drittwirkungen.....	311
I. Die Anknüpfung an das Verpflichtungsstatut	312
II. Die Anknüpfung an das Forderungsstatut.....	313
III. Die Anknüpfung an die Belegenheit der Forderung	314
IV. Die Anknüpfung an den tatsächlichen Zedentensitz.....	315
V. Zusammenfassende Stellungnahme	317
C. Außenkompetenz der EG	318
I. Die <i>AETR</i> -Doktrin	318
II. Ausgeübte Binnenkompetenz	320
III. Konsequenzen für die Abtretungskonvention	323
1. Gemischtes Übereinkommen.....	323
2. Beschränkung auf „States“.....	324
IV. Folgen für die Sachrechtsvereinheitlichung in Europa.....	326
D. Zusammenfassung.....	327
Ergebnisse.....	329
Text der Abtretungskonvention.....	333
Literaturverzeichnis.....	353
Materialien, Rechtsakte, Modellgesetze und Prinzipien	367
A. Travaux Préparatoires	367
I. UN-Dokumente.....	367
II. UNIDROIT-Dokumente.....	371
B. Gesetzesmaterialien	372
I. Deutsches Recht.....	372
1. Bürgerliches Gesetzbuch.....	372
2. Handelsgesetzbuch.....	372
3. Factoringkonvention	372
II. EVÜ/Art. 65 EGV.....	372
III. Art. 9 UCC.....	372
C. Rechtsakte und Modellgesetze einschließlich Rechtsprinzipien...373	
I. UNIDROIT	373
II. UN/UNCITRAL.....	373
III. Haager Konferenz für Internationales Privatrecht.....	373
IV. EG	374

1. Verordnungen	374
2. Richtlinien	374
3. Übereinkommen	374
V. Sonstige Übereinkommen und Modellgesetze	375
Sachregister.....	377

Abkürzungsverzeichnis

a.A.	anderer Ansicht
ABl. EG Nr. C	Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaft Teil C
ABl. EG Nr. L	Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften Teil L
Abs.	Absatz
AcP	Archiv für die civilistische Praxis
a.F.	alte Fassung
ABGB	Allgemeines bürgerliches Gesetzbuch (Österreich)
AGB	Allgemeine Geschäftsbedingungen
Alt.	Alternative
Anh.	Anhang
Art./Artt.	Artikel
AT	Allgemeiner Teil
Aufl.	Auflage
BB	Der Betriebs-Berater
Bd.	Band
BDSG	Bundesdatenschutzgesetz
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGBI.	Bundesgesetzblatt
BGH	Bundesgerichtshof
BGHZ	Entscheidungen des Bundesgerichtshofs in Zivilsachen
BFH	Bundesfinanzhof
BKR	Zeitschrift für Bank- und Kapitalmarktrecht
BRAO	Bundesrechtsanwaltsordnung
BW	Burgerlijk Wetboek
CARIT	United Nations Convention on the Assignment of Receivables in International Trade (2001)
CC	Codice Civile (Italien), Code Civil (Frankreich, Belgien), Código Civil (Spanien)
CISG	United Nations Convention on Contracts for the International Sale of Goods (1980)
Col. J. Transnat. L. ders./dies.	Columbia Journal of Transnational Law derselbe/dieselbe
DM	Deutsche Mark
DR	Deutsches Recht
DStR	Deutsches Steuerrecht
Duke J. of Comp. & Int'l.L.	Duke Journal of Comparative and International Law
DZWir	Deutsche Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
ebd.	ebenda
Ed.	Editor
ed.	edition

EG	Europäische Gemeinschaft
EGBGB	Einführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuch
EGV	Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft
EheVO	Verordnung 1347/2000/EG des Rates über die Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Ehesachen und in Verfahren betreffend die elterliche Verantwortung für die gemeinsamen Kinder der Ehegatten vom 29.5.2000
EuBVO	Verordnung 1206/2001/EG des Rates über die Zusammenarbeit zwischen den Gerichten der Mitgliedstaaten auf dem Gebiet der Beweisaufnahme in Zivil- und Handelssachen vom 28.5.2001
EuInsVO	Verordnung 1346/2000/EG des Rates über Insolvenzverfahren vom 29.5.2000
EuGH	Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften
EuGVO	Verordnung 44/2001/EG des Rates über die gerichtliche Zuständigkeit und die Ankerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen vom 22.12.2000
EuZVO	Verordnung 1348/2000/EG des Rates über die Zustellung gerichtlicher und außergerichtlicher Schriftstücke in Zivil- und Handelssachen in den Mitgliedstaaten vom 29.5.2000
EuZW	Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
e.V.	eingetragener Verein
EVÜ	Europäisches Übereinkommen über das auf vertragliche Schuldverhältnisse anzuwendende Recht vom 19.6.1980
EWiR	Entscheidungen zum Wirtschaftsrecht
f./ff.	folgende
FactÜ	Übereinkommen über das internationale Factoring vom 28.5.1988
FLF	Finanzierung Leasing Factoring
FS	Festschrift
gem.	gemäß
HGB	Handelsgesetzbuch
h.M.	herrschende Meinung
Hrsg.	Herausgeber
i.E.	im Ergebnis
IPR	Internationales Privatrecht
IPRax	Praxis des internationalen Privat- und Verfahrensrechts
IPRG	Bundesgesetz über das Internationale Privatrecht (Schweiz)
IPRspr.	Die deutsche Rechtsprechung auf dem Gebiete des Internationalen Privatrechts
i.S.v.	im Sinne von
i.V.m.	in Verbindung mit
JA	Juristische Arbeitsblätter

Jura	Juristische Ausbildung
JW	Juristische Wochenschrift
JZ	Juristenzeitung
KO	Konkursordnung
KTS	Konkurs-, Treuhand- und Schiedsgerichtswesen
LG	Landgericht
lit.	litera
L.Q.Rev.	The Law Quarterly Review
MDR	Monatsschrift für Deutsches Recht
m.E.	meines Erachtens
Mrd.	Milliarden
MünchKomm	Münchener Kommentar zum Bürgerlichen Gesetzbuch
MünchKommHGB	Münchener Kommentar zum Handelsgesetzbuch
m.w.N.	mit weiteren Nachweisen
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
NJW-RR	Neue Juristische Wochenschrift – Rechtsprechungs- Report
n.	numero
no.	numéro
Nr.	Nummer
ÖBA	(Österreichisches) Bankarchiv
OGH	Oberster Gerichtshof (Österreich)
ÖJZ	Österreichische Juristen-Zeitung
OLG	Oberlandesgericht
p./pp.	page
para./paras.	paragraph
RabelsZ	Rabels Zeitschrift für ausländisches und internationales Privatrecht
Rev.crit.dr.internat.privé	Revue critique de droit international privé
RG	Reichsgericht
RGZ	Entscheidungen des Reichsgerichts in Zivilsachen
RIW	Recht der internationalen Wirtschaft
Rn.	Randnummer
Rom I-Verordnung	Verordnung der EG über das auf vertragliche Schuld- verhältnisse anzuwendende Recht
SBeil.	Sonderbeilage
SchG	Scheckgesetz
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
StGB	Strafgesetzbuch
str.	strittig
Tul.J.Int'l & Comp.L.	Tulane Journal of International and Comparative Law
UCC	Uniform Commercial Code (USA)
UCC L.J.	Uniform Commercial Code Law Journal
UN	United Nations
UNCITRAL	United Nations Commission on International Trade Law
UN Doc.	United Nations Document
UNIDROIT	Institut International pour l'Unification du Droit Privé
Unif.L.Rev./Rev.dr.unif.	Uniform Law Review/Revue de droit uniforme

USA	United States of America
v.	von
VersR	Versicherungsrecht
vgl.	vergleiche
Vol.	Volume
WG	Wechselgesetz
WM	Wertpapier-Mitteilungen, Zeitschrift für Wirtschafts- und Bankrecht Teil IV
WPO	Wirtschaftsprüferordnung
ZEuP	Zeitschrift für Europäisches Privatrecht
ZfRV	Zeitschrift für Rechtsvergleichung, Internationales Privatrecht und Europarecht
ZGR	Zeitschrift für Unternehmens- und Gesellschaftsrecht
ZGS	Zeitschrift für das gesamte Schuldrecht
ZHR	Zeitschrift für das gesamte Handelsrecht und Wirtschaftsrecht
UrhG	Urhebergesetz
Ziff.	Ziffer
ZIP	Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
zit.	zitiert
ZustG/EVÜ	Gesetz zu dem Übereinkommen vom 19. Juni 1980 über das auf vertragliche Schuldverhältnisse an- zuwendende Recht vom 25. Juni 1986
ZVglRWiss.	Zeitschrift für vergleichende Rechtswissenschaft

Einleitung

Diese Arbeit widmet sich dem internationalen und nationalen Abtretungsrecht. Den Schwerpunkt bildet hierbei die am 12. Dezember 2001 von der Vollversammlung der Vereinten Nationen verabschiedete *United Nations Convention on the Assignment of Receivables in International Trade*, im Folgenden Abtretungskonvention oder CARIT genannt.

Die Abtretungskonvention wurde bisher lediglich von Luxemburg, Madagaskar und den USA unterzeichnet¹. Diese verhaltene Resonanz wirft die Frage nach der Notwendigkeit von Rechtsvereinheitlichung im internationalen Abtretungsrecht auf, die in dieser Einleitung untersucht wird. Sollte Vereinheitlichungsbedarf im internationalen Abtretungsrecht bestehen, ist im Weiteren zu klären, ob der Inhalt des Übereinkommens der Grund für die Zurückhaltung gegenüber der Abtretungskonvention ist.

A. Der Status quo

I. Forderungsausßenstände als Finanzierungsgrundlage

Die Bedeutung von Forderungsausßenständen für Unternehmen hat im Zuge der Wandlung von der Industriegesellschaft zur Dienstleistungsgesellschaft deutlich zugenommen. Grundstücke, Gebäude, maschinelle Anlagen und Warenlager treten gegenüber den „neuen“ Vermögenswerten wie Kundenbeziehungen, Humankapital, Produkt-Knowhow und den Außenständen des Unternehmens mehr und mehr in den Hintergrund². Mit der Globalisierung und dem Zusammenwachsen der Märkte erhöht sich gleichzeitig insbesondere im europäischen, aber auch im transatlantischen Wirtschaftsverkehr der Anteil ausländischer Forderungen bei Unternehmen. Nicht nur in Zeiten wirtschaftlicher Krisen sind Unternehmen darauf angewiesen, ihre Forderungsausßenstände als Finanzierungsgrundlage zu nutzen. Dies gilt zum Beispiel, wenn Unternehmen ihren Kunden längere Zahlungsziele einräumen beziehungsweise die Kunden solche ohne Vereinbarung für sich

¹ Über den Ratifikationsstand gibt die Internetseite von UNCITRAL, abrufbar unter www.uncitral.org (Stand: 25. Juni 2005), Auskunft.

² Vgl. *Bette*, Vertraglicher Abtretungsausschluß im deutschen und im grenzüberschreitenden Geschäftsverkehr, WM 1994, 1909; *Hänseler*, Die Globalzession (1991), S. 1. Siehe auch *Eidenmüller*, Die Dogmatik der Zession vor dem Hintergrund der internationalen Entwicklung, AcP 204 (2004), 457 (458 f.).

beanspruchen³. In diesen oder ähnlichen Situationen ist der Unternehmer oftmals dazu gezwungen, die Forderungen in liquide Mittel umzuwandeln, um seinen Geschäftsbetrieb aufrechtzuerhalten. Zudem ist ein Warenkredit nicht selten nur auf Grundlage eines verlängerten Eigentumsvorbehaltes verfügbar, setzt mithin die Verfügung über (künftige) Außenstände voraus⁴. Weiterhin gibt es bilanzwirksame Finanzierungsformen wie beispielsweise Factoring oder *Securitisation*, die ohne verfügbare Forderungen nicht in Anspruch genommen werden können⁵. Schließlich verlangen Kreditinstitute in der Regel zusätzlich zu vorhandenen Vermögenswerten Forderungen als Sicherheit, da diese grundsätzlich leicht übertragbar und verwertbar sind⁶.

Neben den genannten Unternehmen, die als Zedenten auftreten, haben auch Wirtschaftsteilnehmer, die üblicherweise als Zessionare auftreten, ein vitales Interesse am internationalen Handel mit Forderungen. Dies gilt zum Beispiel für Factoringinstitute, Banken oder Exporteure, die ihre Waren unter Vereinbarung eines verlängerten Eigentumsvorbehalts ins Ausland liefern.

Schließlich kann auch ein objektives Interesse der Schuldner an einem erleichterten Handel mit Forderungen festgestellt werden. Die wirtschaftlichen Vorteile, die sich für die Unternehmen oder Finanzierungsinstitute aus der Verwertbarkeit von Forderungen ergeben, beeinflussen auch die Stellung des Schuldners. Dies gilt zum Beispiel für die Kreditaufnahme. Wenn sich Banken ohne Schwierigkeiten refinanzieren können, beeinflusst das die Kreditkosten positiv. Dies spüren die Schuldner entweder direkt als Kreditnehmer oder indirekt als Kunde eines Unternehmens, das einen Kredit aufnimmt. Haben beispielsweise Händler die Möglichkeit, Warenkredite auf Grundlage eines verlängerten Eigentumsvorbehaltes zu erlangen, können sie die verringerten Aufwendungen für den Einkauf der Waren an den Kunden weitergeben. Auch die verlängerten Zahlungsziele der Schuldner, die Unternehmer derzeit bei der Preisgestaltung berücksichtigen müssen, spielen dann eine geringere Rolle, wenn Unternehmen die Forderungen zu guten Konditionen veräußern können. Die erhöhte Ver-

³ Anschaulich *Blaurock*, Die Factoring-Zession, ZHR 142 (1978), 325 (334), der vom „Bankier wider Willen“ spricht. Insbesondere im grenzüberschreitenden Handel beanspruchen die Schuldner längere Zahlungsziele für sich, vgl. *Bette*, Abtretung von Auslandsforderungen, WM 1997, 797 m.w.N.

⁴ Vgl. *Lukas*, Das vertragliche Zessionsverbot de lege ferenda, ÖBA 2004, 755 (758).

⁵ Näher zu *Securitisation* und Factoring unten, Teil 2 § 4 G I und II.

⁶ *Bette*: „Außenstände, also die Forderungen oder Zahlungsansprüche eines Unternehmens gegen seine Kunden sind, bankbetriebswirtschaftlich gesehen, eine ideale Finanzierungsgrundlage.“ Vgl. *ders.*, Vertraglicher Abtretungsausschluß im deutschen und grenzüberschreitenden Geschäftsverkehr, WM 1994, 1909.

kehrsfähigkeit von Forderungen kann demnach zu niedrigeren Preisen führen.

Das immer wieder vorgebrachte Argument, restriktive Vorschriften im Abtretungsrecht seien zum Schutze des Schuldners gerechtfertigt⁷, bedarf also einer kritischen Würdigung mit Blick auf die Vorteile, die der Schuldner durch eine erhöhte Verkehrsfähigkeit von Forderungen erlangt. Vor dem Hintergrund der großen wirtschaftlichen Bedeutung von Forderungen ist es bemerkenswert, wie ungünstig die Rahmenbedingungen für Abtretungen mit einem internationalen Bezug, sei es aufgrund einer grenzüberschreitenden Abtretung oder sei es durch die Abtretung von Forderungen aus grenzüberschreitenden Verträgen, derzeit sind. Dies liegt zum einen an der internationalprivatrechtlichen Anknüpfung der Forderungsabtretung und zum anderen an den weitreichenden Unterschieden der nationalen Abtretungsrechte.

II. Die IPR-Anknüpfung

In Deutschland wird nach der noch herrschenden – in Teilen gleichwohl bestrittenen – Auffassung die gesamte Verfügung gem. Art. 33 Abs. 2 EGBGB (Art. 12 Abs. 2 EVÜ⁸) dem Statut der abgetretenen Forderung unterworfen. Demnach unterliegen die wichtigsten Rechtsprobleme bei der Abtretung, wie beispielsweise die Übertragbarkeit der Forderung⁹, sowie die Frage, unter welchen Voraussetzungen die Abtretung dem Schuldner¹⁰ und Dritten gegenüber wirksam ist¹¹, dem Forderungsstatut¹². Da die

⁷ In diese Richtung zum Beispiel *Holzner*, Weiterhin: Drittwirksamkeit vertraglicher „Abtretungsverbote“, *Juristische Blätter* 1998, 495 (501 ff.).

⁸ Die Artt. 27 ff. EGBGB inkorporieren das Europäische Übereinkommen über das auf vertragliche Schuldverhältnisse anzuwendende Recht vom 19.6.1980 (EVÜ) (vgl. ABl. EG Nr. L 266 vom 9.10.1980, S. 1 ff., konsolidierte Fassung ABl. EG Nr. C 27 vom 26.1.1998, S. 34 ff.) ins deutsche Recht, vgl. Art. 1 ZustG/EVÜ, BGBl. II 1986, 809 ff. Art. 33 Abs. 2 EGBGB entspricht Art. 12 Abs. 2 EVÜ.

⁹ *Staudinger-Hausmann*, EGBGB/IPR, 13. Aufl. (2002), Art. 33 Rn. 41; *MünchKomm-Martiny*, Bd. 10, 4. Aufl. (2003), Art. 33 Rn. 9.

¹⁰ *Staudinger-Hausmann*, EGBGB/IPR, 13. Aufl. (2002), Art. 33 Rn. 43; *MünchKomm-Martiny*, Bd. 10, 4. Aufl. (2003), Art. 33 Rn. 12.

¹¹ Str., so die h.M. Vgl. beispielsweise BGH 20.6.1990, BGHZ 111, 376 ff.; *Basedow*, Internationales Factoring zwischen Kollisionsrecht und Unidroit-Konvention, ZEuP 1997, 615 (622 f.); *Palandt-Heldrich*, 64. Aufl. (2005), Art. 33 Rn. 2; *MünchKomm-Martiny*, Bd. 10, 4. Aufl. (2003), Art. 33 Rn. 12a. Zur Anknüpfung der Drittwirkungen unten, Teil 3 § 14 B.

¹² Nach a.A. ist fraglich, ob Art. 12 EVÜ (Art. 33 EGBGB) überhaupt die Verfügungswirkungen der Abtretung erfasst. Ablehnend *Goode*, *Commercial Law*, 3 ed. (2004), p. 1108; *Kieninger*, Das Statut der Forderungsabtretung im Verhältnis zu Dritten, *RabelsZ* 62 (1998), 678 (689 ff.); *Moshinsky*, The Assignment of Debts in the Conflict of Laws, 109 L.Q.Rev. 591, 615 ff. (1992). So, jedenfalls hinsichtlich der Drittwirkungen

Verfügung vollständig Art. 33 Abs. 2 EGBGB unterliegt, werden im Verhältnis zu allen Beteiligten auch jene Aspekte der Verfügung über das Forderungsstatut angeknüpft, die im nationalen Recht nicht speziell dem Schutz des Schuldners dienen¹³. Hierunter fallen zum Beispiel die Wirksamkeit der Abtretung zwischen den Zessionsparteien und im Verhältnis zu Dritten sowie die Zulässigkeit von Sicherungsabtretungen oder Vorausabtretungen künftiger Forderungen im nationalen Recht.

Als Grund für die gewählte Anknüpfung wird angeführt, dass nur eine einheitliche Anknüpfung der Verfügung den Schuldner ausreichend schütze und eine Aufspaltung des einheitlichen Verfügungsgeschäfts in das Verhältnis zu Dritten und zum Schuldner Wertungsdiskrepanzen aufwerfe¹⁴. Zum Zuge kommt folglich in allen Fragen der Verfügung das Recht, dem der Vertrag zwischen dem Drittschuldner und dem Gläubiger, d.h. dem Zedent unterliegt. Die Bestimmung dieses Rechts geschieht, sofern es sich um vertragliche Ansprüche handelt, anhand der Artt. 27 ff. EGBGB¹⁵. Die abgetretenen Forderungen können hierbei aus verschiedenen Gründen einem ausländischen Recht unterliegen. Dies zum einen, weil die Forderung einem rein im Ausland ansässigen Sachverhalt entspringt, wie dies beim Weitervertrieb deutscher Waren durch ausländische Importeure der Fall ist. Zum zweiten kann in dem der Forderung zugrundeliegenden Vertrag eine Rechtswahl zugunsten einer ausländischen Rechtsordnung vereinbart sein (Art. 27 Abs. 1 EGBGB, Art. 3 Abs. 1 EVÜ). Schließlich kann der Erbringer der vertragscharakteristischen Leistung im

der Zession, auch *Grau*, Rechtsgeschäftliche Forderungsabtretungen im internationalen Rechtsverkehr (2005), S. 221. Vgl. schließlich *Giuliano/Lagarde*, Bericht über das auf vertragliche Schuldverhältnisse anzuwendende Recht, in: Kresbach/Rathkolb, Das Europäische Schuldvertragsübereinkommen (1999), S. 133 (145). In der Anmerkung zu Art. 1 EVÜ heißt es hier: „Zunächst einmal fällt das Gebiet der dinglichen Rechte und der Immaterialgüterrechte natürlich nicht unter diese Vorschriften, da sich das Übereinkommen nur auf das auf vertragliche Schuldverhältnisse anzuwendende Recht bezieht.“

¹³ Kritisch *Einsele*, Das Internationale Privatrecht der Forderungszession und der Schuldnerschutz, ZVglRWiss. 90 (1991), 1 (17); *Staudinger-Hausmann*, EGBGB/IPR, 13. Aufl. (2002), Art. 33 Rn. 26; *Lorenz*, in: Czernich/Heiss (Hrsg.), EVÜ Kommentar (1999), Art. 12 Rn. 32; *Stadler*, Der Streit um das Zessionsstatut – eine endlose Geschichte?, IPRax 2000, 104 (106), v. *Wilmowsky*, Europäisches Kreditsicherungsrecht (1996), S. 410. Einen Lösungsvorschlag, nach dem die Verfügung dem Recht am Zedentensitz unterworfen und gleichzeitig die Rechtsposition des Schuldners umfassend geschützt wird, machen *Kieninger/E. Schütze*, Die Forderungsabtretung im Internationalen Privatrecht – Bringt die „Rom I-Verordnung“ ein „Ende der Geschichte“?, 200 (206 ff.).

¹⁴ BGH 26.11.1990, WM 1991, 193 (194); MünchKomm-Martiny, Bd. 10, 4. Aufl. (2003), Art. 33 Rn. 4, 6. Vgl. auch *Mangold*, Die Abtretung im Europäischen Kollisionsrecht (2001), S. 172 ff. und S. 192.

¹⁵ *Staudinger-Hausmann*, EGBGB/IPR, 13. Aufl. (2002), Art. 33 Rn. 46; MünchKomm-Martiny, Bd. 10, 4. Aufl. (2003), Art. 33 Rn. 6.

Ausland ansässig sein, und die Forderung aufgrund einer objektiven Anknüpfung gem. Art. 28 Abs. 2 EGBGB (Art. 4 Abs. 2 EVÜ) einem fremden Recht unterliegen. Häufig wird der Zessionar also im Rahmen eines Finanzierungsgeschäftes mit internationalem Bezug mit einer ihm unbekannten ausländischen Rechtsordnung konfrontiert.

III. Unterschiede in den nationalen Abtretungsrechten

Diese ausländischen Rechtsordnungen weisen wiederum zumeist beträchtliche Divergenzen zum deutschen Recht auf. So ist beispielsweise in Österreich für die Wirksamkeit einer Sicherungsabtretung eine Anzeige an den Schuldner oder ein Vermerk in den Büchern des Zedenten notwendig¹⁶. In Frankreich können künftige Forderungen nach dem *Code Civil* nur abgetreten werden, wenn ihre rechtliche Grundlage bereits besteht, und für die Wirksamkeit im Verhältnis zu Dritten bedarf es einer formellen Anzeige der Abtretung oder einer entsprechenden Annahme durch den Schuldner (Art. 1690 CC)¹⁷. Was die Wirksamkeit von vertraglichen Abtretungsverboten zwischen Zedent und Schuldner betrifft, so wirken diese in Italien gegenüber dem Zessionar nur dann, wenn er Kenntnis von dem Verbot hatte (Art. 1260 CC)¹⁸. In den USA entfalten vertragliche Abtretungsverbote für bestimmte Forderungen demgegenüber gar keine Wirkung. Sie stehen also weder dem Übergang der Forderung oder der Bestellung eines Sicherungsrechts entgegen, noch geben die Verbote Anlass zu einer vertraglichen Haftung (§ 9-406 (d) UCC)¹⁹.

Zudem werden auch kollisionsrechtliche Fragen wie das Problem der Wirksamkeit einer Abtretung im Verhältnis zu Dritten im Ausland teilweise abweichend beurteilt²⁰, was insbesondere dann Bedeutung erlangt, wenn ein Rechtsstreit hinsichtlich der abgetretenen Forderung im Ausland anhängig gemacht wird²¹. Als prominentes Beispiel soll die viel diskutierte Entscheidung des *Hoge Raad* dienen, die sich mit der Wirksamkeit einer grenzüberschreitenden Abtretung zwischen einem niederländischen und einem deutschen Unternehmen auseinandersetzte. Hier wurde im Unterschied zu der in Deutschland herrschenden Auffassung die Frage der

¹⁶ Vgl. hierzu unten, Teil 3 § 7 A.

¹⁷ Vgl. hierzu unten, Teil 3 § 7 A.

¹⁸ Vgl. hierzu unten, Teil 3 § 8.

¹⁹ Vgl. hierzu unten, Teil 1 § 2 D II 4 a aa.

²⁰ Einen rechtsvergleichenden Überblick gibt *Peltzer*, Die Forderungsabtretung im Internationalen Privatrecht, RIW 1997, 894 ff. Vgl. zur unterschiedlichen Anknüpfung der Drittwirkungen auch unten, Teil 3 § 14 B.

²¹ *R. Schütze*, Kollisionsrechtliche Probleme der Forfaitierung von Exportforderungen, WM 1979, 962 (963); *Stoll*, Die Forderungsabtretung im internationalen Privatrecht, in: FS Pazdana (2005), S. 307 (308).

Drittwirkung gem. Art. 12 Abs. 1 EVÜ²² dem Verpflichtungsstatut unterworfen. Im belgischen IPR wurde anschließend eine der Entscheidung des *Hoge Raad* entsprechende Gesetzesänderung zugunsten des Verpflichtungsstatuts vorgenommen²³. Diese wurde wiederum im August 2004 durch die – ebenfalls von der Gerichtspraxis in Deutschland abweichende – Anknüpfung an das Recht am Zedentensitz ersetzt²⁴.

IV. Folgen

Infolge der dargestellten Rechtslage ist der Forderungszessionar bei Rechtsgeschäften mit grenzüberschreitendem Bezug derzeit mehreren Unsicherheiten ausgesetzt. Zunächst muss er das anwendbare Recht ermitteln, was zum Beispiel bei Globalabtretungen künftiger Forderungen schwierig und aufwendig ist. Bei dieser Ermittlung des anwendbaren Rechts läuft der Zessionar im Einzelfall zudem Gefahr, dass ausländische Gerichte zu einer abweichenden Beurteilung kommen.

Hat der Zessionar das auf die Abtretung anwendbare Recht festgestellt, nach deutschem IPR also das Forderungsstatut, wird er in einer Vielzahl der Fälle aufgrund des grenzüberschreitenden Bezugs nicht mit dem ihm bekannten, „abtretungsfreundlichen“ deutschen Zessionsrecht, sondern mit einer ihm fremden Rechtsordnung konfrontiert. Diese Rechtsordnung weist in der Regel weitreichende Unterschiede zu dem ihm bekannten nationalen Recht auf. Bei der Abtretung von Forderungsgesamtheiten wird der Zessionar sich darüber hinaus häufig nicht nur mit einer, sondern mit mehreren ausländischen Rechtsordnungen auseinandersetzen müssen.

Dass diese Situation den internationalen Handel mit Forderungen erschwert und Kosten verursacht²⁵, liegt auf der Hand und wurde auch in den Stellungnahmen zur Mitteilung der Europäischen Kommission über ein kohärenteres Vertragsrecht in Europa immer wieder betont²⁶. So verwun-

²² Art. 12 Abs. 1 EVÜ entspricht Art. 33 Abs. 1 EGBGB, vgl. oben Fn. 8.

²³ Vgl. *Loi de 2.8.2002 relative à la surveillance du secteur financier et aux services financiers*, Moniteur Belge, 4.9.2002 (Art. 145).

²⁴ *Loi de 16.7.2004 portant le Code de droit international privé*, Moniteur Belge, 27.7.2004 (Art. 87 § 3). Das belgische IPR-Gesetz ist am 1. Oktober 2004 in Kraft getreten.

²⁵ So auch *Affaki*, L'apport de la Convention CNUDCI sur la cession de créances aux opérations de banque, *Banque & Droit* 2003, 3; *Schmidt*, Das Übereinkommen der Vereinten Nationen über die Abtretung von Forderungen im Internationalen Handel, *IPRax* 2005, 93 f.

²⁶ Vgl. die Zusammenfassung der Stellungnahmen zur Mitteilung der Europäischen Kommission (vor allem Punkt 3.1.4). Siehe stellvertretend für die Praktiker die Stellungnahme der international tätigen Kanzlei Clifford Chance LLP vom 15. Mai 2003 unter Punkt 10 sowie *Staudenmayer*, Der Aktionsplan der EG-Kommission zum Europäischen Vertragsrecht, *EuZW* 2003, 165 (167). Vgl. auch die Antwort des ungarischen Justizministeriums vom Mai 2003, in der dazu aufgefordert wird, die europäischen Harmo-

dert es nicht, dass zum Beispiel im Rahmen von Global- und Mantelzessionen an Kreditinstitute Forderungen aus grenzüberschreitenden Verträgen gar nicht bewertet werden²⁷. Sofern es sich um Einzelzessionen handelt, wird von den Kreditinstituten gesondert geprüft, unter welchen Voraussetzungen die Abtretung rechtsgültig ist, was die Kreditkosten erhöht. Auch die Höhe der Transaktions- und Beratungskosten bei *Securitisations*-Transaktionen²⁸ wird nachteilig beeinflusst, wenn die Forderungen unterschiedlichen Rechtsordnungen unterliegen²⁹. Schließlich geht nicht selten ein vereinbarter verlängerter Eigentumsvorbehalt beim Grenzübertritt ins Leere, weil die Voraussetzungen einer wirksamen Abtretung nicht vorliegen³⁰.

V. Fazit

Der *Status quo* macht deutlich, dass eine Rechtsvereinheitlichung im Bereich des Abtretungsrechts unerlässlich ist, um den internationalen Handel mit Forderungen im Interesse aller Wirtschaftsteilnehmer zu erleichtern. Dies gilt im Besonderen für exportorientierte Länder wie zum Beispiel Deutschland. Nachdem offenbar die Notwendigkeit für einheitliche Regeln im Abtretungsrecht besteht, ist zu fragen, ob die bislang verhaltene Resonanz auf die Abtretungskonvention auf den Inhalt des Übereinkommens zurückzuführen ist. Die in dieser Arbeit vorgenommene Analyse der Abtretungskonvention soll zur Beantwortung dieser Frage beitragen.

nisierungsbemühungen mit internationalen Vereinheitlichungsakten wie der Abtretungskonvention der Vereinten Nationen zu koordinieren (Punkt 12). Die Mitteilung (Kom[2003] 68 endgültig) sowie die Stellungnahmen sind auf der Internetseite der Europäischen Union (www.europa.eu.int) abrufbar. Vgl. schließlich v. *Wilmowsky*, Europäisches Kreditsicherungsrecht (1996), S. 397 ff., der einen Verstoß gegen die EG-Grundfreiheiten aufgrund der Anknüpfung an das Forderungsstatut diskutiert.

²⁷ Die Verfasserin bedankt sich für die folgenden Informationen beim Bundesverband deutscher Banken. Vgl. im Übrigen auch *Bette*, Vertraglicher Abtretungsausschluss im deutschen und grenzüberschreitenden Geschäftsverkehr, WM 1997, 797; *Brink*, Rechtsbeziehungen des Factors mit seinem Kunden – Der Factoringvertrag, in: Hagenmüller/Sommer/Brink (Hrsg.), Factoring-Handbuch, 3. Aufl. (1997), S. 175 (188 ff.).

²⁸ *Danielewsky/Lehmann*, Die UNCITRAL-Konvention über internationale Forderungsabtretungen und ihre Auswirkungen auf Asset-Backed-Securities-Transaktionen, WM 2003, 221 (227 f.).

²⁹ *Danielewsky/Lehmann*, Die UNCITRAL-Konvention über internationale Forderungsabtretungen und ihre Auswirkungen auf Asset-Backed-Securities-Transaktionen, WM 2003, 221 (228).

³⁰ Dazu rechtsvergleichend *Kieninger*, Mobiliarsicherheiten im Europäischen Binnenmarkt (1996), S. 78 ff.

B. Inhalt der Arbeit

Die Arbeit gliedert sich in drei Teile³¹. Der erste Teil widmet sich den Vorbildern und Vorläufern der Abtretungskonvention. Die Verfasser des Übereinkommens haben zum einen strukturelle und auch inhaltliche Elemente der *Ottawa Konvention über internationales Factoring vom 28.5.1988* (im Folgenden Factoringkonvention, FactÜ) übernommen³². Die UNIDROIT-Factoringkonvention regelt mit einem engen Anwendungsbereich und inhaltlich begrenzten Bestimmungen die Abtretung von Forderungen aus grenzüberschreitenden Verträgen und kann deshalb auch als Vorläufer der Abtretungskonvention bezeichnet werden. Zum anderen weist die Abtretungskonvention inhaltliche Parallelen zu Art. 9 des *Uniform Commercial Code*³³ auf, der in den Vereinigten Staaten zur Schaffung eines umfassenden Sicherungsrechts geführt hat, das auch an Forderungen bestellt werden kann. Art. 9 UCC gilt unabhängig von seiner Vorbildfunktion für die Abtretungskonvention als eines der fortschrittlichsten Kreditsicherungsrechte und soll nicht zuletzt aus diesem Grund näher betrachtet werden.

Im zweiten Teil der Arbeit werden die Entstehungsgeschichte der Abtretungskonvention, ihr Aufbau und Anwendungsbereich sowie allgemeine Bestimmungen erörtert. Dieser Abschnitt enthält auch eine kurze Darstellung der wichtigsten Finanzierungsgeschäfte, die in den Anwendungsbereich des Übereinkommens fallen.

Der dritte Teil der Arbeit erläutert die inhaltlichen Bestimmungen der Abtretungskonvention und diskutiert sie vor dem Hintergrund des autonomen, d.h. unvereinheitlichten deutschen Abtretungsrechts. In diesem Zusammenhang wird auch der Frage nachgegangen, welche Auswirkungen eine Ratifikation des Übereinkommens für das autonome Abtretungsrecht hätte und welche Schritte unternommen werden müssten, um das deutsche

³¹ Bei der Analyse der Abtretungskonvention werden unter anderem die *travaux préparatoires* einschließlich der Kommentare des UNCITRAL-Sekretariats zum Übereinkommen herangezogen. Dabei ist darauf hinzuweisen, dass die Sekretariatskommentare keine offizielle Erläuterungsberichte zum Übereinkommen sind, die von den Verfassern gemeinschaftlich erarbeitet wurden. Vielmehr handelt es sich um eine Zusammenfassung der Ergebnisse aus Sicht des Sekretariats der Handelsrechtskommission. Eine nicht amtliche Übersetzung der Abtretungskonvention (UN Doc. A/RES/56/81) ist beim Deutschen Übersetzungsdienst der UN unter www.un.org/Depts/german (Stand: 25. Juni 2005) abrufbar.

³² *UNIDROIT Convention on International Factoring (1988)*, im englischen und französischen Original sowie in der deutschen Übersetzung abgedruckt in BGBl. II 1998, 172 ff.

³³ *Sigman, Security in movables in the United States – Uniform Commercial Code Article 9: a basis for comparison*, in: Kieninger (Ed.), *Security Rights in Movable Property in European Private Law* (2004), p. 54.

Abtretungsrecht an die Bestimmungen der Abtretungskonvention anzugleichen. Zudem enthält der dritte Teil rechtsvergleichende Überblicke, um die Unterschiede oder die Gemeinsamkeiten der nationalen Abtretungsrechte bezüglich bestimmter Regelungskomplexe zu verdeutlichen³⁴.

Schließlich wird auch das nationale Kollisionsrecht der Forderungsabtretung, das in Deutschland weitgehend auf das Europäische Schuldvertragsübereinkommen (EVÜ) zurückzuführen ist, behandelt. Dies zum einen, weil die Abtretungskonvention an vielen Stellen einen Rückgriff auf das nationale Kollisionsrecht erforderlich macht, und zum zweiten, weil in Kapitel V der Abtretungskonvention eigens Kollisionsnormen zur Forderungsabtretung normiert wurden. Diese Bestimmungen werden denen des Europäischen Schuldvertragsübereinkommens gegenübergestellt, und die Konsequenzen der geplanten Umsetzung des Übereinkommens in ein EG-Instrument für die Abtretungskonvention untersucht.

³⁴ Auch die *Principles of European Contract Law (Lando Principles)*, beschäftigen sich mit dem Abtretungsrecht, vgl. *Lando/Clive/Prüm/Zimmermann* (Eds.), *Principles of European Contract Law*, Part III, 2003. Bei den *Lando Principles* handelt es sich um Grundprinzipien des Vertragsrechts in Europa, die in Anlehnung an die amerikanischen „*Restatements of the Law*“ unter Leitung von Professor *Ole Lando* von der *Commission on European Contract Law* ausgearbeitet wurden. Eine ausführliche Auseinandersetzung mit dem *Lando Principles* hätte den Rahmen dieser Arbeit gesprengt. Das gleiche gilt für die *UNIDROIT Principles of International Commercial Contracts*, die im April 2004 in überarbeiteter und erweiterter Fassung verabschiedet wurden und nunmehr auch die Forderungsabtretung beinhalten. Die *UNIDROIT Principles* sind im Internet unter www.unidroit.org/english/principles/main.htm (Stand: 25. Oktober 2004) abrufbar. Vgl. allgemein hierzu *Bonell*, *UNIDROIT Principles 2004 – The New Edition of the Principles of International Commercial Contracts adopted by the International Institute for the Unification of Private Law*, *Unif.L.Rev./Rev.dr.unif.* 2004, 5 ff. und *Brödermann*, Die erweiterten *UNIDROIT Principles 2004*, *RIW* 2004, 721 ff.

Sachregister

Abdingbarkeit

- Factoringkonvention 15
- § 401 BGB 207 f.
- Art. 19 CARIT 212, 215 ff.

Absonderungsrecht 174, 176, 194 f., 296 f.

Abstraktionsprinzip 73, 165

Abtretungsverbote

- Abtretungskonvention 183 ff.
- Art. 9 UCC 57 ff.
- autonomes Recht 168 ff.
- Factoringkonvention 17 f.

Abtretungsanzeige, 244, 261 ff., 266 f., 275, 277 f., 279, 299

accounts 32 f.

AETR-Doktrin, *siehe* Europäische Gemeinschaft

Akkreditiv

- Abtretungskonvention 86 f.
- Art. 9 UCC 30, 33, 43

Akzessorietät 203 f., 211

Anspruchsteller

- konkurrierender ~ 291 f.

Anwendungsvoraussetzungen

- § 354a HGB 170 ff.

Anwendungsbereich, räumlicher

- Abtretungskonvention 93 ff.
- Factoringkonvention 14 f.

Anwendungsbereich, sachlicher

- Abtretungskonvention 70 ff.
- Factoringkonvention 13 f.

Anwendungsbereich, zeitlicher

- Abtretungskonvention 103 ff.
- Factoringkonvention 15

Anzeige, *siehe* Mehrfachabtretung und Schuldneranzeige

attachment 33 ff.

Aufbau

- der Abtretungskonvention 69 f.

Aufrechnung

- Abtretungskonvention 273 ff.
- autonomes Recht 258 f.

~srechte 24 f.

~svereinbarungen 83 ff.

Auslegung

- Abtretungskonvention 128 ff.
- Factoringkonvention 16, 97 f., 132 ff.
- ~sgrundsätze 82, 130 ff.
- ~smethoden 132 ff.

Außenkompetenz, *siehe* Europäische Gemeinschaft

Aussonderungsrecht 174, 176, 194 f., 297

Belgien 76, 224 f.

Binnenkompetenz, *siehe* Europäische Gemeinschaft

Bonität 110, 202, 234, 239, 244

borderau 162

Bürgerschaft 43, 202 f., 207, 209, 214, 216

~sstatut 214

~sforderung 214

Cape Town Convention 65, 117, 324

cessio legis 72, 214

chattel paper 31 f., 49

CISG, *siehe* Wiener Kaufrecht

competing claimant 291 f.

contract of assignment 72 ff.

Cour d'Appel de Grenoble 23 f.

defences, *siehe* Einwendungen

Direkterwerb 17, 150 f., 159, 284, 287

Drittwirkung

- Anknüpfung der ~ 311 ff.

Durchgangserwerb 17, 150 f., 159, 284, 287

Eigentumsvorbehalt, *siehe auch* Vorausabtretung

- verlängerter ~ 284 ff.

Einwendungen

- Abtretungskonvention 273 ff.

- Art. 9 UCC 55 f.
- autonomes Recht 257 ff.
- Factoringkonvention 22 ff.
- Einwendungsverzicht
 - Abtretungskonvention 276
 - Art. 9 UCC 56
 - autonomes Recht 258
 - Factoringkonvention 25
- Einziehungsermächtigung 13, 26, 72, 114
- Empfangszuständigkeit 175, 196, 271
- Erklärungsbericht 18, 24
- Erlöse
 - Anspruch auf ~ 240 f.
 - Definition 246
 - dingliches Recht an ~ 296 f.
 - Zurückbehaltungsrecht 296
- Europäische Gemeinschaft (EG)
 - ~ AETR-Doktrin 318 ff.
 - ~ Außenkompetenz 318 ff.
 - ~ Binnenkompetenz 320 ff.
 - ~ Kollisionsrecht 301 ff.
- Europäisches Schuldvertragsübereinkommen 118
- Europäischer Gerichtshof (EuGH) 302, 318
- Exportfactoring, *siehe* Factoring
- Factoring 109 f.
 - Export 111
 - Import 111
 - Korrespondenz~ 12 f., 26, 110
 - unechtes ~ 286
- fiducia*-Verbot 75, 98
- Finanzierungsbericht 36 ff., 61
- first to file-rule* 48 f.
- Folgeabtretung
 - Abtretungskonvention 104 ff.
 - Factoringkonvention 26 ff.
- Forderungsstatut 3 f., 77, 95, 98 ff., 188, 191, 193, 208, 225, 228, 231f., 251 f., 276, 283, 290, 308 ff., 313 ff.
- Forfaitierung 111f.
- Frankreich 5, 11, 17, 71, 74, 77, 107, 109, 142, 145 f., 163 f., 203, 224, 283, 314
- functional approach* 31, 62
- Garantie 43, 86 f., 206 f., 218 f., 238 f.
- Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften, *siehe* *Europäischer Gerichtshof*
- Gestaltungsrechte 205
- Gewährleistung
 - autonomes Recht 234 ff.
 - Abtretungskonvention 242 ff.
- Globalzession
 - Abtretungskonvention 154 ff.
 - autonomes Recht 151 ff.
 - Factoringkonvention 16 f.
 - im Ausland 143 f.
- Haager Konferenz 86, 94
- Hauptverwaltung 60, 86, 124 ff., 290, 295
- Hoge Raad* 5 f.
- Importfactoring, *siehe* Factoring *insolvency*
 - ~ *administrator* 292
 - ~ *proceeding* 292
- Insolvenz
 - ~ des Zedenten 194 ff.
 - ~verordnung 117, 122, 292
- inter partes* 76, 128, 229, 306, 309
- Italien 76, 144 ff., 162, 164, 202, 226, 282, 299
- Kausalprinzip 73
- Kenntnis 254
- Kettenabtretung 54, 104 f., 263, 267 f., 329
- Kreditkosten 2, 7, 85, 131, 137, 183, 216
- Konkurrenz
 - ~ mit anderen Rechtsakten 117 ff.
- Kontokorrent 172 f., 189 ff.
 - ~ saldo 173, 191
- Korrespondenzfactoring, *siehe* Factoring
- Lando Principles* 9, 156, 210, 232, 242, 266, 268, 273, 279, 289
- Leistungspflicht 52, 54, 98, 266, 269
- letter of credit*, *siehe* Akkreditiv *lex*
 - ~ *causae* 1, 3, 8
 - ~ *rei sitae* 91 f., 223, 314
 - ~ *posterior* 119 f., 123

Loi Dailly 145 f., 162, 164, 283

Lücken

- externe ~ 136 f.
- in Kapitel V 138
- interne ~ 137

Lückenfüllung

- Kapitel V 303 f.
- Abtretungskonvention 136 ff.
- Factoringkonvention 16

Mehrfachabtretung

- Abtretungsanzeigen 267 f.
- Abtretungskonvention 105
- autonomes Recht 255 f.

Minderung 23, 148

Modellgesetz 28, 66, 125, 262, 292, 329

model law, siehe Modellgesetz

Nebenrecht 19

negotiable instruments, siehe Wertpapiere, handelbare
netting 84 ff., 191

Niederlande 142, 144, 164, 203, 224,
230, 282, 312

notification of the assignment, siehe
Abtretungsanzeige

Österreich 5, 73, 142 ff., 146, 161, 164,
178, 203, 221 f., 224 f., 230, 246,
282, 299

ordre public 127, 293 f., 310

original contract 80, 84, 189, 208

Parteiautonomie 69, 127 f., 137 f.,
233 f., 241

payment

- ~ *instruction* 244, 261, 263 ff.
- ~ *intangibles* 32 f.

perfection 36 ff.

- ~ *automatic* 36 f.

Priorität

- Abtretungskonvention 290 f., 295
- Art. 9 UCC 59
- ~skonflikte 289
- ~sprinzip 284

priority, siehe Priorität

Privatautonomie 164, 233 f.

Projektfinanzierung 112 f.

proof 54, 269

Publizität

– Abtretungskonvention 226 ff.

– autonomes Recht 220 ff.

purchase money security interest 47 f.

Räumlicher Anwendungsbereich, siehe

Anwendungsbereich, räumlicher
Rang 43 ff.

rights of set-off, siehe Aufrechnungs-
rechte

Register 37 f., 46, 298 f.

~eintrag 298 f., 329

Registrierung 36 ff., 43, 46 ff., 62, 291

~sbericht 40

~sgebühr 39

~ssystem 61 f., 299

Restatements of the Law 9, 29

Sachlicher Anwendungsbereich, siehe

Anwendungsbereich, sachlicher
Sachnormverweisung 60, 289, 304

Saldo, siehe auch Kontokorrentsaldo
151, 173, 191

~forderung 173, 191

Scheinzessionar 54, 99, 225 f., 266,
269 ff.

Schriftform 24

~erfordernis 23, 223

Schuldnerschutz

– Abtretungskonvention 260 f.

– autonomes Recht 252

– Absatz 4 der Präambel 131

Schuldrechtsmodernisierungsgesetz
235, 238 f.

Schuldneranzeige 143, 229 f., 251, 267,
279, 291, 298 f.

securitisation 106 ff.

security interest 31

self-executing treaties 70

Sicherheiten 202 ff.

– akzessorische ~ 87, 202 ff., 207 f.,
209 f., 215

– Abtretungskonvention 209 ff.

– autonomes Recht 203 ff.

– Factoringkonvention 19 f.

– nicht akzessorische ~ 210

– persönliche ~ 41

Sicherungs

~abtretung, siehe Sicherungszession

~sbestellung 5, 31 ff., 43, 50, 62, 71,
75

- ~recht 5, 31 ff., 43, 50, 62, 211, 218, 248
- ~zession 75 f., 114 ff.
- Sittenwidrigkeit 152, 169, 285, 287
- ~skontrolle 168, 233
- Sitz, *siehe auch* Zedentensitz
- ~der Parteien 124 ff.
- ~des Sicherungsgebers 60 f.
- Spanien 71, 76, 193
- Status quo 1, 7, 232
- Statut, *siehe auch* Forderungsstatut und Verpflichtungsstatut
- ~enwechsel 61, 290, 316 f.
- Subrogation 71, 163, 202
- Superpriorität 47 f.
- Surrogate 42
- Surrogation 296
- Teilabtretung
 - Abtretungskonvention 75, 268
 - Art. 9 UCC 53 f.
 - autonomes Recht 147 f.
- Treu und Glauben 18, 199, 266
- true sale-Transaktion 51
- Übereinkommen
 - gemischtes ~ 323
- Unabdingbarkeit
 - ~ gem. § 354 a S. 3 HGB 179
- UNIDROIT Principles 9, 156, 191, 210, 232, 242, 266, 268 f., 273, 289
- USA 1, 5, 29 f., 71, 86, 109, 125 f., 164
- Verbraucher 31, 40, 77 f., 91, 95, 184 ff., 201, 270
 - ~eigenschaft 185 f.
 - ~forderung 78, 90, 139, 186
 - ~schutzvorschriften 90 f.
- Vereinigte Staaten von Amerika, *siehe* USA
- Verität 235, 238 f., 244
 - ~shaftung 237
- Verpflichtungsstatut 312 f.
- Versicherungsforderung 77, 79
- Vertragsstrafe 182, 200, 217, 245
- Vorausabtretung
 - ~ beim Eigentumsvorbehalt 115 f.
- Vorrangkonflikt 27, 48, 155, 158, 225, 284, 288 f., 300
- Vorschaltklausel 15, 93
- Vorzugsrecht 294 f., 309
- Wahlrecht 192, 195, 197 ff., 330
- Warenkreditgeber 48f., 160, 285 f.
- Wiener Kaufrecht 12, 15, 69, 82, 119, 127 ff., 132, 134 ff., 142, 249
- Wertpapiere
 - Abtretungskonvention 87 ff.
 - Art. 9 UCC 29, 56
- Zahlungsanweisung, *siehe* payment instruction
- Zedentensitz 315 ff.
 - ~ Recht am 288 ff., 309
- Zeitlicher Anwendungsbereich, *siehe* Anwendungsbereich, zeitlicher